

Ein Burgfrieden mit Nationalismus und Neoliberalismus ist keine kommunistische Antwort auf Krieg

In seinem Text „Das Schwarze Loch der Solidarität“ in ak 694 watscht Christoph Kleine seine Genoss:innen von der Internationalismus-AG in der IL ab. Das müsste eine/n nicht besonders interessieren; man könnte sich freuen, nicht in der IL und ihren Schlammschlachten zu sein und über diese Polemik hinweggehen. Doch Kleines Text erweckt über weite Strecken den Eindruck einer Generalabrechnung mit „der radikalen Linken“, und das veranlasst uns zu einem scharfen Einspruch von außen.

Die Internationalismus-AG hat in ihrem Text „Der Krieg, die Linke und wir“ (ak 692) beschrieben, dass und wie in kriegerischen Auseinandersetzungen die Logik des Krieges und des Nationalismus/der nationalen Interessen dominieren und emanzipatorische Ansätze zwischen den inneren und äußeren Fronten zerrieben werden. Sie kritisieren vor diesem Hintergrund Positionierungen – auch in der ukrainischen Linken – die in einem Primat der Landesverteidigung die Voraussetzung für emanzipatorische Spielräume sehen. Diese Position teilen wir.

Für Kleine ist sie „das Ärgerlichste“: Die Genoss:innen sähen einfach nicht, dass angesichts der russischen Invasion und ihrer Schrecken der Kampf gegen Nationalismus und Neoliberalismus so nicht weitergeführt werden könne, „weil die gemeinsame Verteidigung der Ukraine Priorität haben muss“. Das ist ein ebenso klarer wie tiefer/grundsätzlicher Dissens, den man ausdiskutieren muss. Im Kern sind es dabei aber nur zwei Argumente, die Kleine für seine Position vorbringt. Zum einen und vor allem beruft er sich auf „die“ Linke in Russland und der Ukraine und wirft der Internationalismus-AG Arroganz und Besserwisserei („Erklärungen vom deutschen Sofa“) gegenüber den Positionen ukrainischer und russischer Genoss:innen vor. Eher nebenbei hält er zum zweiten „das Gerede von den beiden Seiten“ für falsch, weil dabei der Unterschied zwischen „unvollständiger Demokratie und autoritärer Diktatur“ verwischt werde.

Wir beginnen mit dem zweiten Punkt, weil er der einfachere ist: Wir haben keinerlei Probleme mit der Bezeichnung „autoritäre Diktatur“ für Gesellschaft und Politik in Russland. Ob damit die russische Variante von Kapitalismus und Imperialismus vollständig beschrieben ist, würden wir aber bezweifeln. Umgekehrt haben wir aber sehr wohl Probleme damit, die Ukraine als „unvollständige Demokratie“ zu bezeichnen. Zum einen ist „unvollständige Demokratie“ bereits an sich ein für (radikale) Linke merkwürdiger Begriff: Was wäre denn dann eine „vollständige Demokratie“? Etwa die kapitalistisch-neoliberalen Gesellschaften westlichen Typs? Wie würden in diesem Falle die Regimes in Polen und Ungarn eingeordnet werden? Und würden sich Linke für diese Gesellschaften erschießen lassen? Die Ukraine ist sicherlich kein geopolitisch aktiver imperialistischer Akteur, stand aber der russischen Gesellschaft ins Sachen Autoritarismus, Korruption und Oligarchentum wenig nach. Es sprach vor dem Krieg relativ wenig dafür, dass sich Gesellschaft und Politik in der Ukraine tatsächlich im Sinne eines liberalen bürgerlichen Staates modernisieren würden. In Kleines Text ist die „unvollständige Demokratie“ letztlich eine reine Behauptung, die eigentlich nur dadurch gestützt wird, dass die Gegenposition als „Gerede“ denunziert wird. Warum es emanzipatorisch sein soll, sich bei diesem Überfall einer imperialistischen Großmacht auf einen autoritär-korrupten Nationalstaat auf die Seite des ukrainischen Staates zu schlagen (und darum geht es halt im Kern), wird damit nicht wirklich begründet.

Bleibt die These, dass die ukrainische Linke selbst dem Primat der Landesverteidigung folge und es somit Ausdruck internationaler Solidarität sei, „zumindest keine Kampagne gegen Waffenlieferungen“ zu initiieren. Die Auseinandersetzung mit dieser These ist deswegen schwieriger, weil damit in der Tat unmittelbar alle möglichen Fallstricke der internationalen Solidarität berührt werden: Unkenntnis der konkreten Verhältnisse, das Ringen um eine

gemeinsame Sprache (So waren bis weit in die 1980er und 1990er Jahre etwa für uns gängige Begriffe wie Sozialismus und Kommunismus unter polnischen Genoss:innen verpönt und diskreditiert.), Eurozentrismus etc. Es geht also auch immer um den bewussten Umgang und die (selbst-)kritische Reflexion des eigenen Verhältnisses zu den Genoss:innen in anderen Ländern.¹

Die Internationalismus-AG lehnt wie wir auch Waffenlieferungen der Bundesrepublik Deutschland an die Regierung der Ukraine ab. Im Unterschied zum medialen Getrommel für Waffenlieferungen ist uns jedoch keine „Kampagne“ gegen solche Lieferungen bekannt, mal abgesehen davon, dass das Denken in Kampagnen völlig am Zustand der deutschen Linken vorbei geht. Wir bestreiten nicht, dass Teile der Linken in Russland wie der Ukraine ihre emanzipatorische Hoffnung auf die militärische Niederlage Russlands (und damit einhergehender gesellschaftlicher Umbrüche) sowie die Wiederherstellung der völligen nationalstaatlichen Integrität der Ukraine setzen. Und wir können weder im Text der Internationalismus-AG noch in ähnlichen öffentlichen Positionierungen irgendeine Denunziation dieser Position finden. Doch zum einen gibt es in der Ukraine und in Russland durchaus auch andere Stimmen, sodass es zumindest schwierig ist, von einer Position „der“ Linken in der Ukraine zu sprechen.

Zum anderen aber, und das ist entscheidend, bedeutet internationale Solidarität eben nicht, dass Positionen aus den jeweiligen Ländern nicht kritisiert werden dürfen und schon gar nicht, dass sie sakrosankt und unhinterfragbare Leitlinien für Linke etwa in der Bundesrepublik sind. Es ist hochgradig irritierend, dass Kleine und andere, die die militärische Unterstützung der Ukraine (der Regierung wohlgermerkt!) befürworten, dabei die Geschichte der undogmatischen Linken mit dem eigenen Internationalismus so konsequent ignorieren und ausblenden. Gerade die Erfahrungen mit nationalen Befreiungsbewegungen von Kuba und Vietnam bis Nicaragua und El Salvador haben doch durchgängig gezeigt, dass erfolgreiche nationale Befreiungskämpfe eher früher als später in mehr oder weniger autoritäre kapitalistische Modernisierungsregimes gemündet sind. Und dass, obwohl die linken Teile dieser Bewegungen deutlich stärker waren als heute die marginalisierte Linke in der Ukraine. Genau diese Erfahrungen haben Ende der 1980er Jahre die Debatten um einen neuen Antiimperialismus befeuert, und es ist erschreckend, wie geschichtsvergessen jetzt über die „gemeinsame Verteidigung“ nationaler Projekte diskutiert wird. Eine solche Kritik an einer Position der Landesverteidigung kommt daher eben nicht „vom deutschen Sofa“, sondern stützt sich auf die selbstkritische Reflexion eigener schmerzhafter Erfahrungen. Und sie kommt auch nicht nur aus Deutschland. Eine solche Kritik hat auch nichts mit besserwisserischer Bevormundung oder gar mit Vorschriften zu tun, wie Kleine suggeriert. Niemand kann und will Genoss:innen in Russland oder der Ukraine oder sonst wo auf der Welt sagen, wie sie sie zu kämpfen haben. Aber zur Internationalen Solidarität gehört eben auch die kritische Auseinandersetzung mit Positionen und Forderungen, mit denen wir uns solidarisieren sollen, und u.U. auch deren Ablehnung.

Kleine bestreitet kategorisch die Berechtigung, von hier aus Vorschläge zu einer Beendigung des Krieges zu machen bzw. die Kriegsparteien zu Verhandlungen aufzurufen. Ob und wann es zu Verhandlungen komme und wann das Sterben ein Ende habe, darüber hätten „in linker Perspektive die Kämpfenden selbst zu entscheiden“. Diese Setzung ist schon deswegen falsch, weil weder in Deutschland noch in der Ukraine oder Russland die Linke so stark wäre, dass sie tatsächlich darüber entscheiden könnte. Diese Entscheidungen treffen nicht „die Kämpfenden“ und vermutlich noch nicht einmal die ukrainische Regierung. Zudem verbirgt sich hinter Kleines Formulierung eine hochproblematische Umdeutung eines früheren linken Diskurses. Die „linke Perspektive“, die Kleine hier zitiert, ist immer die Perspektive auf selbstständig agierende emanzipatorische

¹ Es ist sicherlich richtig, dass die Linke in der Bundesrepublik sich vergleichsweise wenig mit linken Organisationen und Bewegungen in Osteuropa oder auch mit dem Charakter der (post)sowjetischen Gesellschaften auseinandergesetzt hat. Dennoch sollte nicht unterschlagen werden, dass es durchaus eine kritische Auseinandersetzung mit der Sowjetunion und den parteikommunistischen Modernisierungsregimes und linke Solidaritätsbewegungen etwa mit den tschechischen und ungarischen Linken während des Ungarnaufstandes oder des Prager Frühlings oder auch mit den ersten Streikbewegungen Anfang der 1980er in Polen gegeben hat.

Bewegungen gewesen, aber nie die auf nationalstaatliche Armeen.

Darüber hinaus folgt Kleine hier einem sehr bedenklichen Betroffenheitsfetischismus. Denn ob der Massenmord eines Krieges, die Barbarei und die Kriegsverbrechen, die in jedem Krieg und auf allen Seiten begangen werden, und die Verwüstungen, die ein Krieg in den Köpfen und den Gesellschaften anrichtet, beendet werden oder nicht, geht eben nicht nur die Kämpfenden an; erst recht dann nicht, wenn Nicht-Kämpfende sich zu dieser Barbarei verhalten sollen. Solche Fragestellungen und Skrupel denunziert Kleine als „moralischen Pazifismus“. Aber tatsächlich ist der Krieg und der Umgang mit dem Krieg auch eine Frage der Moral. Alles andere wäre Feldherrenlogik von der Kommandohöhe, die sich um den Gestank der Leichen in den Schützengräben keine Gedanken macht. Und geradezu grotesk wird es, wenn Kleine diesem „moralischen Pazifismus“ die Parole „Rebellion ist gerechtfertigt“ entgegenhält. Sie stammt nicht nur aus dem Arsenal des autoritären Kommunismus, gegen den er am Schluss seines Textes polemisiert. Sie ist auch irreführend, denn in der Ukraine wird nicht gegen Obrigkeiten rebelliert, sondern ein nationaler Verteidigungskrieg geführt. Das sollten Kommunist:innen eigentlich nicht verwechseln.

Weder die Internationalismus-AG noch andere Positionen aus der radikalen Linken haben irgendeinen Zweifel an ihrer Kritik des russischen Überfalls auf die Ukraine und des russischen Imperialismus gelassen. Sie beharren allerdings darauf, dass eine linke antimilitaristische Position zu diesem Krieg deswegen nicht zum faktischen außenpolitischen Schulterschluss mit der NATO führen darf. Dieses Beharren auf einer differenzierten Analyse in einer gesellschaftlichen Situation, in der zunehmend nur jeweils falsche binäre Pole artikuliert werden können, ist aus unserer Sicht heute eine zentrale Aufgabe eines linken Antimilitarismus – übrigens auch und gerade in der Kritik an Teilen der (alten) Friedensbewegung. Kleine hingegen befürwortet das klare Bekenntnis: Er findet die militärische Unterstützung der Ukraine in diesem Krieg richtig (auch die Lieferung von Streumunition?). Er findet auch die bisherige Keine-Verhandlungen-Position „des Westens“ richtig. Wie man es dreht und wendet: Das ist faktisch und praktisch nichts anderes als eine Unterstützung der NATO-Positionen in diesem Krieg. Gleichzeitig will Kleine eine antimilitaristische Politik in Deutschland nach der „Zeitenwende“ machen. Wie er dabei mit dem Glaubwürdigkeitsproblem in seiner Argumentation umgehen will, sagt er nicht; etwa wie man glaubwürdig gegen die Aufstockung des Wehretats kämpfen will, wenn man gleichzeitig die deutsche Beteiligung am Krieg und die Waffenlieferung an die Ukraine befürwortet.

Über diese und andere Widersprüche in Kleines Text könnte und müsste man eigentlich genauso diskutieren wie über die Einschätzung des Krieges selbst. Er ist ja inzwischen nicht nur ein nationaler Verteidigungskrieg gegen einen imperialistischen Überfall, sondern zunehmend führt die Ukraine auch einen Stellvertreterkrieg der NATO mit Russland. Was aber eine ernsthafte Diskussion so schwer macht, ist das Sammelsurium an Unterstellungen und Diffamierungen, das Kleines Text durchzieht – eine autoritäre Sprache, die eine genauere und auch Streitige Diskussion bereits im Ansatz verunmöglicht. Das ist umso befremdlicher und ärgerlicher, weil Christoph Kleine am Schluss zu einem großen Rundumschlag gegen den „autoritären Kommunismus“ und die Linke der 1980er Jahre ausholt. Es bleibt dabei nebulös, was und wen er da genau meint, und diese Unklarheit wird dort zur Denunziation, wo diesen nicht näher benannten „autoritären Kommunist:innen“ „politische und kulturelle Gemeinsamkeiten“ mit Querfrontideolog:innen oder gar offen Rechten unterstellt wird. Das ist ein dermaßen schwerer Vorwurf, dass er konkretisiert werden muss.

Man muss Kleines Text vermutlich vor allem als Ringen um die Deutungshoheit innerhalb der IL sehen. So wie die Grünen und andere die Rebellion und die Emanzipationsbewegungen der 1960 und 1970er Jahre und damit in großen Teilen ihre eigenen linken Biografien entsorgt haben, so spricht Christoph Kleine heute sehr pauschal von „der“ radikalen Linken der 1980er Jahre, die



einfach nicht mehr auf der Höhe der Zeit sei. Wir sind uns nicht sicher, ob die Nähe zu dem Regierungssprech vom „aus der Zeit gefallenen“ Antimilitarismus hier nur zufällig ist. In Abwandlung von Rosa Luxemburg spricht Kleine davon, dass der Kommunismus des 21. Jahrhunderts „nicht ist“, wenn er nicht „dezentral, demokratisch, feministisch und radikal-ökologisch“ sei. Mal abgesehen davon, dass diese Schlagworte nicht annähernd inhaltlich beschrieben werden, so ist auffällig, was Kleine hier auslöst. In seiner Perspektive fehlt eine Kategorie, die bisher gemeinsame Grundlage aller sozialistischen, kommunistischen und auch der anarchistischen Bewegungen gewesen ist, nämlich die Kritik am Kapitalismus. Ein Kommunismus, der in seinem Kern nicht antikapitalistisch ist, also auf die Aufhebung von Klassenherrschaft und Ausbeutung und auf die Befreiung von abhängiger Arbeit abzielt, ist nicht wirklich vorstellbar. Oder anders ausgedrückt: ein solcher Kommunismus weiß nicht, was Kapitalismus ist. Ohne diese Bezugnahme ist eine kommunistische Linke à la Kleine aber letztlich nichts anderes als das, was Didier Eribon mal mit Blick auf die sozialdemokratisch-sozialistischen und rot-grünen Modernisierungsprojekte „neoliberale Linke“ genannt hat.

Gruppe Blauer Montag